

Damit Hilfe nicht am Bedarf vorbeigeht

Zwischen Menschenrecht und Verwaltungspraxis klafft eine Lücke. Der Saarländische Flüchtlingsrat kritisiert die Aussetzung des Familiennachzugs, starre Sachleistungen und teure Abschiebungen - und wirbt für Wohnungen, Bargeld und schnellere Anerkennungen.

VON LUKAS TASKIRAN

NEUNKIRCHEN Die Eltern eines fünfjährigen Kindes verlassen ihr Heimatland Äthiopien, um vor dem dortigen brutalen Bürgerkrieg zu fliehen. Sie überleben die strapaziöse und gefährliche Flucht durch die Wüste und über das Mittelmeer und erreichen Deutschland. Endlich in Sicherheit beginnen sie den langwierigen Prozess, den Familiennachzug zu organisieren – ein Verfahren, das drei Jahre dauern wird. Drei Jahre, in denen es nur sporadischen Kontakt mit dem Kind gibt, das bei den Großeltern im Kriegsgebiet geblieben ist.

Als der mittlerweile Achtjährige endlich mit seinen Eltern vereint wird, wird er, ohne zuvor einen Kindergarten besucht zu haben, eingeschult. Das Resultat: Nur noch mehr Trauma, das diese lange Trennung für Eltern und Kind bedeutet – von der verpassten Chance, dem Kind frühzeitig durch Sprach- und Inte-

grationsangebote eine Zukunft in seiner neuen Heimat zu eröffnen, ganz zu schweigen. So beschreibt Elke Klein, Mitglied im Vorstand des Saarländischen Flüchtlingsrates (SFR), eines von vielen Beispielen dafür, wie die Aussetzung des Familiennachzugs gelingende Integration behindert.

Gemeinsam mit Andreas Ries, ebenfalls SFR-Vorstand, stellte sie am vergangenen Montag die Arbeit des Flüchtlingsrates im Neunkircher Momentum – Kirche im Center vor. Die Veranstaltung ist Teil der Interkulturellen Woche, an der sich auch die Katholische Erwachsenenbildung beteiligt; sie hat in das Begegnungscafé an den Bliesterrassen eingeladen.

**„Dieses Geld wäre
in Integration
besser angelegt.“**

Andreas Ries
Vorstand Saarländischer Flüchtlingsrat
zu Abschiebeplänen

Klein schilderte weiter, dass viele Menschen auf der Flucht zunächst Kinder und andere vulnerable Angehörige zurücklassen, um sie vor Strapazen und Gefahren zu schützen, und sie später per Flugzeug nachholen wollen. Laut UNHCR (Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen) starben allein im Jahr 2024 über 1100 Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren.

Doch der Familiennachzug ist nicht das einzige Thema des 2003 gegründeten Saarländischen Flüchtlingsrates. Auch die Situation von Geflüchteten im Saarland



Wie hier bei einer Protestaktion im Jahr 2021 vor dem saarländischen Innenministerium setzt sich der Saarländische Flüchtlingsrat für die Belange von Flüchtlingen ein.

ARCHIVFOTO: BECKERBREDEL

selbst steht regelmäßig in Vorträgen und Aktionen im Fokus. So fordert der SFR die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie Wohnungen und Bargeld statt Unterbringung im Lager Lebach und Sachleistungen. Sachleistungen seien entmündigend und unflexibel – Bedürfnisse seien individuell, „Care-Pakete“ helfen oftmals daran vorbei, so die Argumentation. Zudem verursachten Beschaffung, Lagerung, Ausgabe und Kontrolle oft höhere Kosten als direkte Geldleistungen. Die Versorgung über Sachleistungen nehme Menschen die Möglichkeit,

selbst einkaufen zu gehen – und damit eine wesentliche Erfahrung auf dem Weg in den deutschen Alltag.

Beim Thema Rückführungen kritisiert der SFR das europäische Dublin-System als „Verschiebebahnhof“: Während Deutschland Menschen in andere EU-Staaten überstelle, kämen gleichzeitig Dublin-Überstellungen nach Deutschland zurück – mit hohen menschlichen und finanziellen Folgekosten. Besonders hart sei die Praxis, Personen in den EU-Staat zurückzuführen, in dem sie bereits Schutz erhalten haben – etwa nach Bulgarien –, obwohl

Schule, Freundschaften und das soziale Leben längst in Deutschland verankert sind.

Scharfe Kritik übt der SFR auch an aktuellen Plänen, wieder nach Afghanistan oder Syrien abzuschicken. „Mit welchen Partnern will man da Sicherheit garantieren?“, fragt Ries. Abschiebungen seien traumatisierend, zerrissen Familien und zerstörten mühsam aufgebaute Existenzen – während Abschiebehaf, Polizeibegleitungen und Verwaltungsakte zweistellige Millionenbeträge kosteten. „Dieses Geld wäre in Integration besser angelegt.“